



**Betreff:**

öffentlich

**Vorlage zum Fortbestehen der Gesellschaft für Arbeit, Beratung und Integration mbH (GABI)**

Erstellungsdatum 21.09.2001

Eingang 02: \_\_\_\_\_

Geschäftsbereich/FB: FB Jugend, Soziales und Wohnen

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
10.10.2001	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

**Beschlussvorschlag:** Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Gesellschaft für Arbeit, Beratung und Integration mbH (GABI) setzt ihre Arbeit zur beruflichen Integration von langzeitarbeitslosen Sozialhilfeempfängern und anderer am Arbeitsmarkt Benachteiligter in den regulären Arbeitsmarkt unbefristet fort.

Entsprechend der Empfehlung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales ist halbjährlich über die Ergebnisse im Ausschuss für Gesundheit und Soziales zu berichten.

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Entscheidungsergebnis**

Gremium: \_\_\_\_\_

Sitzung am: \_\_\_\_\_

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

Die bisherige jährliche Förderung in Höhe von 300.000 DM wird in gleichen Umfang ab 2002 in Höhe von 153.400 EURO fortgesetzt (HHST: 40000.71200).

Darüber hinaus erhält die Gesellschaft für Arbeit, Beratung und Integration mbH (GABI) aus eingesparter Sozialhilfe Prämien auf der Grundlage einer Prämienvereinbarung mit dem Bereich Soziales.

Dafür sind 2002 51.200 EURO in der HHST 41000.73102 veranschlagt.

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister
-------------------

Geschäftsbereich I
--------------------

Dezernat II
-------------

Geschäftsbereich III
----------------------

Geschäftsbereich IV
---------------------

**Begründung:**

Die Gründung der Gesellschaft für Arbeit, Beratung und Integration mbH (GABI) wurde in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam am 2. Juni 1999 als mehrheitlich städtische Gesellschaft beschlossen.

Der Gesellschafterzweck ist mit der beruflichen Integration von langzeitarbeitslosen Sozialhilfeempfängern und anderer am Arbeitsmarkt Benachteiligter in den regulären Arbeitsmarkt festgeschrieben.

Des Weiteren ist GABI beauftragt, die Aktivitäten der Akteure des Potsdamer Arbeitsmarktes zu vernetzen und in diesem Zusammenhang Projektentwicklung

und – Begleitung gemeinsam mit den Bildungs- und Beschäftigungsträgern zu organisieren.

Die dauerhafte Eingliederung von arbeitslosen SozialhilfeempfängerInnen in den regulären Arbeitsmarkt ist das Ziel. Realität ist, dass immer mehr Menschen im erwerbsfähigen Alter Sozialhilfe beziehen, wenn auch nicht immer über einen längeren Zeitraum, aber phasenweise.

Die Hauptursache für den Bezug von Sozialhilfe liegt bei mindestens einem Drittel der SozialhilfeempfängerInnen an der Arbeitslosigkeit.

Vor dem Hintergrund der hohen finanziellen Belastungen in den Kommunen sind diese nach wie vor gefordert, durch entsprechende Initiativen Kosten zu senken und zugleich soziale Probleme zu verringern. Parallel werden die Chancen der SozialhilfeempfängerInnen auf Reintegration in den Arbeitsmarkt erhöht.

Dabei ist das Prinzip der Anpassung von Maßnahmen auf den Menschen eine wichtige Grundlage, um dem Problem der Arbeitslosigkeit entgegen zu wirken.

Erfolgreiche Arbeitsvermittlung ist von der Intensität der Betreuung und der Bemühungen abhängig. Eine passgenaue Vermittlung garantiert den größten Erfolg.

Die GABI hat demzufolge das Ziel, dem arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger wieder eine berufliche Perspektive anzubieten oder ihn dabei intensiv zu unterstützen.

Folge ist, dass die abschließende berufliche Integration zu Einsparungen finanzieller Mittel im Sozialamt und der Arbeitsverwaltung führt.

Im ersten Geschäftsjahr haben die Ergebnisse der GABI die Zielvorgaben und Erwartungen übertroffen.

Vorgabe war es, 60 SozialhilfeempfängerInnen beruflich zu integrieren, um dem Ziel der Sozialhilfe, frei von ihr leben zu können, nachzukommen.

Die GABI hat im ersten Geschäftsjahr auf der Grundlage von eigenen statistischen Erhebungen 4633 Einzelberatungen durchgeführt, wovon 874 Neuzugänge der Erstberatungsstelle des Sozialamtes waren.

Im Rahmen dieser umfangreichen und aufwändigen Beratungstätigkeit konnten im Jahr 2000 insgesamt 117 SozialhilfeempfängerInnen beruflich integriert werden.

Davon wurden 67 % (78 Hilfesuchende) in den ersten Arbeitsmarkt eingegliedert.

Durch die GABI konnten im Jahr 2000 insgesamt 72 freie Arbeitsstellen zusätzlich akquiriert werden. Die in den Folgejahren geforderten 100 Vermittlungen sind, wie die ersten Ergebnisse zeigen, durchaus erreichbar.

Die berufliche Integration von SozialhilfeempfängerInnen hat im Jahr 2000 zu Einsparungen von Sozialhilfekosten in Höhe von 277.400,00 DM geführt.

Es kann eingeschätzt werden, dass die GABI bereits im ersten Geschäftsjahr dem politischen Auftrag der Stadtverordneten gerecht geworden ist.

Die GABI wird als mehrheitlich städtische Gesellschaft mit einem jährlichen Zuschuss in Höhe von 300.000,00 DM unterstützt.

In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass die Zielvorgabe der Folgejahre, je 100 Sozialhilfeempfänger beruflich zu integrieren, im Jahr 2001 erfüllt wird.

Im Jahr 2001 sind bereits bis Ende August 130 SozialhilfeempfängerInnen in den allgemeinen Arbeitsmarkt integriert worden.

Die Folgeeinsparungen aus den Vermittlungen des Jahres 2000 und unter Berücksichtigung der Einsparungen aus dem laufenden Wirtschaftsjahr werden bis zum 31.12.2001 in Höhe von über 1.000.000,00 DM prognostiziert.

Der Sozialausschuss hat am 19.06.2001 die Bilanz der GABI zur Kenntnis genommen und die Empfehlung zur *Weiterarbeit der städtischen Gesellschaft ausgesprochen*.

